

Wahlprüfstein 1: Planen Sie die Einführung von Mitwirkungs- und Klagerechten für Tierschutzorganisationen?

CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
Wir planen aktuell keine Einführung von Mitwirkungs- und Klagerechten für Tierschutzorganisationen.	Ja, wir setzen uns für die Einführung eines gesetzlich festgelegten Verbandsklagerechts für anerkannte Tierschutzorganisationen ein, wie dies auch in anderen Bundesländern bereits der Fall ist.	Im Bund wird unter maßgeblicher Beteiligung von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN ein Verbandsklagerecht etabliert. Kern des Gesetzentwurfs ist die Einführung einer neuartigen Klageform für Verbandsklagen, die sogenannte Abhilfeklage. Sie erlaubt es Verbraucherverbänden, gleichartige Leistungsansprüche von Verbraucherinnen und Verbrauchern gegen ein Unternehmen unmittelbar gerichtlich einzuklagen. Das Verbandsklagerecht gilt dann auch für Tierschutzorganisationen.	Für die Gestaltung und Durchsetzung des Tierschutzrechts ist laut Artikel 20a des Grundgesetzes der Staat verantwortlich. Ein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen liefe auf eine Teilprivatisierung des Staatsziels Tierschutz hinaus, würde die Veterinärverwaltung erheblich zusätzlich beanspruchen und ist daher abzulehnen.	Als Linke in Bayern unterstützen wir die Einführung von Mitwirkungs- und Klagerechten für Tierschutzorganisationen. Um dies umzusetzen, fordern sie eine Stärkung des bayerischen Tierschutzbeirats durch eine gesetzliche Verankerung und ein Vetorecht. Die Bestellung des Tierschutzbeirats soll durch den Landtag erfolgen.	Das deutsche Rechtssystem ist auf den Schutz subjektiver Rechte ausgerichtet. Diese Entscheidung hat der Bundesgesetzgeber getroffen. Von dieser Entscheidung kann der Freistaat Bayern nicht eigenständig abweichen. Weiterhin handelt es sich beim Tierschutz um eine Rechtsmaterie der konkurrierenden Gesetzgebung, sodass die Länder die Befugnis zur Gesetzgebung haben, solange und soweit der Bund von seiner Gesetzgebungszuständigkeit nicht durch Gesetz Gebrauch gemacht hat. Vorliegend hat der Bund mit dem Tierschutzgesetz jedoch umfassende Regelungen getroffen, sodass der Freistaat hier keinen Handlungsspielraum hat.

2. Welche Maßnahmen verfolgen Sie, um die eklatanten Defizite bei Gesetzgebung, Kontrollen und bei der Strafverfolgung von Tierschutzvergehen abzustellen?

CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
<p>Die bayerischen Bäuerinnen und Bauern liegen uns sehr am Herzen. Sie leisten wertvolle Arbeit für die Ernährungssicherheit und die qualitativ hochwertige Produktion unserer heimischen Lebensmittel. Mit der Lebensmittelproduktion geht auch die Tierhaltung einher. Gerade an unseren kleinstrukturierten bayerischen Betrieben kann man sehen, wie eine sinnvolle, tiergerechte Haltung auszusehen hat. Wie in jeder Branche gibt es auch hier leider immer wieder schwarze Schafe. Ein schlechter Umgang mit den Tieren kann nicht akzeptiert und muss geahndet werden. Bereits jetzt gilt: Nach dem Tierschutzgesetz sind die tierhaltenden Betriebe regelmäßig zu kontrollieren, um die Einhaltung der gesetzlichen Tierschutzanforderungen sicherzustellen. Kontrollen sind hierbei auch ohne konkreten Verdacht zulässig. Zur Abstellung</p>	<p>Um effektive Kontrollen zu ermöglichen, werden wir die Personalausstattung in den zuständigen Behörden verbessern. Parallel werden wir, wie dies auch in anderen Bundesländern bereits der Fall ist, unabhängige Tierschutzbeauftragte einsetzen. Diese werden die Einhaltung und Anpassung von Vorschriften und Auflagen im Interesse des Tierschutzes fördern.</p>	<p>Tierschutz hat Verfassungsrang nach Art 20 a Grundgesetz. Um dem Geltung zu verschaffen, müssen Kontrollen intensiviert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für einen Stellenaufbau von Amtstierärzt*innen und amtlich bestellten Tierärzt*innen ein, die den besten Zugang zur Nutztierhaltung haben. Es wird hier im Vorfeld die Stärkung des Tierschutzes als Ausbildungskernthema in der veterinärmedizinischen Ausbildung angestrebt. Die Strafvorschrift des Tierschutzgesetzes findet sich in § 17 Tierschutzgesetz (TierSchG). Mit ihr soll tierschutzwidriges Verhalten geahndet werden. Strafbare sind die ungerechtfertigte Tiertötung sowie die rohe und quälische Misshandlung von Tieren. Geahndet wird vorsätzlich begangene Tierquälerei. Das Strafmaß geht bis zu 3 Jahren Haft. Ebenfalls strafbar ist die Tiertötung</p>	<p>Der Vollzug des Tierschutzrechts in der Nutztierhaltung muss verbessert werden durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Fortbildungsangebote für Juristinnen und Juristen im Bereich des Tierschutzes, - die Konzentration von Tierschutzstraffällen bei Schwerpunktstaatsanwaltschaften, - den Abbau von Defiziten im Personalbereich der Veterinärverwaltung, - die Einrichtung einer Ombudsstelle, bei der Amtsveterinäre Verstöße gemeldet werden können, - eine bundesweit einheitliche Vorgehensweise und hohe Standards bei der Überwachung der Tiergesundheit in der Nutztierhaltung in Bezug auf Qualität und Dichte der Kontrollen. 	<p>Als Linke fordern wir Maßnahmen zur Behebung der eklatanten Defizite bei Gesetzgebung, Kontrollen und Strafverfolgung von Tierschutzvergehen. Dazu gehören eine Stärkung des Tierschutzbeirats, eine Videoüberwachung der Arbeitsläufe in Schlachthöfen sowie ein Verbot von Akkordarbeit und Dumpinglöhnen. Es ist wichtig, tierschutzgerechte Rahmenbedingungen für Zucht, Haltung und Mast von Tieren zu schaffen.</p>	<p>Wir versuchen für Länder und Gemeinden mehr rechtlichen und finanziellen Handlungsspielraum zu erhalten. So sollte der Bund den Ländern im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung mehr Gestaltungsspielräume zugestehen, auch wenn dies zu unterschiedlichen Schutzniveaus führen kann. Wir halten eine angemessene personelle Ausstattung unserer Landkreise und Gemeinden für unabdingbar, um einen reibungslosen und schnellen Verwaltungsvollzug zu gewährleisten. Hier darf sich insbesondere der Bund nicht aus der Verantwortung ziehen, der häufig neue Aufgaben schafft, ohne für die Verwaltungsabläufe Verantwortung zu übernehmen. Im Übrigen stehen wir zur Unabhängigkeit der Strafverfolgung als höchstes Gut eines funktionierenden Rechtsstaates.</p>

<p>tierschutzwidriger Zustände sind die Behörden befugt, die notwendigen Anordnungen zu treffen. Die Palette reicht von der mündlichen Anordnung zur Beseitigung festgestellter Mängel bis zur Wegnahme der Tiere und das Einleiten von Bußgeldverfahren.</p>		<p>oder Tierquälerei durch Unterlassen nach § 13 Strafgesetzbuch (StGB). Diese Möglichkeiten der Bundesgesetzgebung halten wir für ausreichend. Auf bayerischer Ebene schaffen wir die Stelle für eine*n unabhängige*n Tierschutzbeauftragte*n als zentrale und kompetente Anlaufstelle für alle Tierschutzbelange und sichern häufigere, regelmäßige, unangekündigte und unabhängige Kontrollen tierhaltender Betriebe und Schlachthöfe. Darüber hinaus führen wir Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften und -dezernate in allen sieben Regierungsbezirken ein.</p>			
---	--	---	--	--	--

Wahlprüfstein 3: Welche Verbesserungen bei Haltung, Transport und Schlachtung von sogenannten Nutztieren verfolgen Sie, z.B. ganzjähriges Verbot der Anbindehaltung von Kühen?

CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
<p>Die Landwirtschaft gehört fest zu Bayern. Das Herz unseres Landes liegt vor allem in den landwirtschaftlich geprägten Räumen. Unsere Landwirte und Waldbesitzer sind unsere wichtigsten Umweltschützer und Landschaftspfleger. Die bayerischen Landwirtinnen und Landwirte produzieren weltweit hochgeschätzte Produkte. Das hat unsere höchste Wertschätzung und Respekt verdient. Die Tierhaltung achten wir als einen zentralen Beitrag zur Nahrungsmittelversorgung und zur sinnvollen Verwertung von Pflanzen und Futtermitteln, die für den Menschen nicht essbar sind. Wir unterstützen unsere Landwirte bei der artgerechten Tierhaltung für mehr Tierwohl. Wir sind für Tierhaltung, gegen eine Reduktion oder Quoten. So setzen wir uns auch für eine Weiterführung der Kombinationshaltung von Rindern ein. Es ist ein guter Kompromiss, da die Flächen,</p>	<p>Wir als BayernSPD fordern eine verpflichtende Kennzeichnung von Haltungsform und Herkunft sowie kurze Tiertransportwege von der Geburt bis zur Schlachtung. Darüber hinaus wollen wir den illegalen und anonymen Handel und Transport von Tieren aller Art stärker kontrollieren und sanktionieren. Kleine und mittlere Betriebe müssen in die Lage versetzt werden, neue Auflagen bei Umwelt und Tierwohl erfüllen zu können, ohne dass existenzielle Notlagen entstehen. Daher muss eine abgewogene Kombihaltung vorerst weiterhin anerkannt sein, um gerade kleineren Betrieben durch längere Übergangsfristen eine Perspektive zu ermöglichen.</p>	<p>Das neue Tierhaltungsgesetz unter Federführung des grünen Bundeslandwirtschaftsministeriums sorgt dafür, dass dem Platzbedarf von Nutztieren, beginnend bei Schwein, Vorrang eingeräumt wird. Das neue Tierschutzgesetz enthält klare Verbesserungen bei Haltung, Transport und Schlachtung von Tieren. Für eine bessere Kontrolle tierhaltender Betriebe muss das Personal an den Veterinärämtern aufgestockt werden. Wir wollen Kontrollen der staatlichen Behörden an Tierkörperbeseitigungsanlagen erweitern und verstetigen, denn diese Daten sind für den wirksamen Tierschutz unverzichtbar. Um Tierskandale zu vermeiden und Betriebe, an denen Tierschutzprobleme auftreten, schnell zu erkennen, führen wir eine Tiergesundheitsdatenbank ein, auf die Behörden Zugriff haben.</p>	<p>Ein Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung ist im Koalitionsvertrag vereinbart.</p>	<p>Eine Verbesserung bei der Haltung von sogenannten Nutztieren ist dringend notwendig. Wir fordern eine artgerechte Tierhaltung durch den Ausbau von Offenställen, ausreichenden Platz und genügend Bewegungsmöglichkeiten. Praktiken wie Anbindehaltung für Milchkühe, Spaltenböden für Schweine, Pelztierfarmen und Käfighaltung von Geflügel sind damit nicht vereinbar. Kleine Betriebe sollen bei entsprechenden Umbaumaßnahmen besonders gefördert werden.</p>	<p>Tierwohl ist für uns ein wichtiges Anliegen, daher unterstützen wir weiterhin die Maßnahmen der Staatsregierung zum Um- und Ausbau von Tierwohlställen. Wir haben uns für eine Stärkung der regionalen kleinen Schlachtstätten und eine Vereinfachung der Weideschlachtung eingesetzt, damit der Stress für die Tiere bei dem Transport und der Schlachtung möglichst gering bleibt. Anbindehaltung in Kombination mit Freilauf und saisonalen Weidegang sehen wir als artgerechte Haltungsform an.</p>

die im Sommer beweidet werden, keiner anderen landwirtschaftlichen Nutzung zukommen würden und die Alpenlagen nicht für eine ganzjährige Weidehaltung geeignet sind.

Wir setzen uns für eine strengere Überwachung und strikte Begrenzung von Kälbertransporten ein. Wir befürworten ein Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung mit einer moderaten Übergangsfrist für einen geregelten Ausstieg.

Wahlprüfstein 4: Verfolgt Ihre Partei die Abstockung der „Nutztierbestände“? Falls ja, mit welchen Maßnahmen?

CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
<p>Die Stärke der bäuerlichen Landwirtschaft liegt auch in der artgerechten und bodengebundenen Tierhaltung. Mehr Tierwohl braucht mehr Planungssicherheit und praktische Umsetzbarkeit für unsere landwirtschaftlichen Betriebe. Wir setzen uns dafür ein, den Umbau zu gestalten und die Landwirte dabei auf Grundlage des Borchert-Plans in einem umfassenden Gesamtpaket zu unterstützen. Denn wir haben beides im Blick: Das Tierwohl und das Wohl der Bäuerinnen und Bauern. Die Tierhaltung achten wir als einen zentralen Beitrag zur Nahrungsmittelversorgung und zur sinnvollen Verwertung von Pflanzen und Futtermitteln, die für den Menschen nicht essbar sind. Zudem gilt: In unserer freien Marktwirtschaft regelt die Nachfrage das Angebot. Durch den aktuellen Nachfragerückgang an beispielsweise</p>	<p>Wir wollen den gesellschaftlich unerwünschten Strukturwandel stoppen und die Konzentration auf wenige große Betriebe verhindern, sodass unsere einzigartige bäuerlich geprägte Kulturlandschaft erhalten bleibt.</p>	<p>Statistisch verringern sich die Nutztierbestände und die Anzahl der Betriebe in Bayern. Einzelne Betriebe schaffen es zwar nach wie vor, sich durch zusätzliche Flächen und mehr Tiere zu vergrößern und betriebswirtschaftlich erfolgreich zu sein. Doch gesellschaftlich und volkswirtschaftlich betrachtet, ergibt sich eine andere Perspektive: dem System fehlt die Nachhaltigkeit und die externen Kosten sind hoch. Unsere Klimaziele lassen sich nur erreichen, wenn wir weniger Tiere flächengebunden und insgesamt weniger Tiere halten – aber die mit deutlich mehr Platz und Lebensqualität als bisher. Deshalb wollen wir die Tierbestände bis 2030 standortangepasst um 20 Prozent reduzieren. Die ausreichende Nährstoffversorgung der landwirtschaftlichen Flächen mit Dünger bleibt ungeachtet dessen eine wichtige Voraussetzung für</p>	<p>Die Ausrichtung des landwirtschaftlichen Betriebs ist eine freie, unternehmerische Entscheidung. Wenn sich viele Nutztierhalter für eine andere Produktionsrichtung entscheiden, sinken die Nutztierbestände.</p>	<p>Die Linke in Bayern verfolgt das Ziel einer Abstockung der "Nutztierbestände". Dies wird unter anderem durch die Förderung artgerechterer Tierhaltung, den Ausstieg aus qualvollen Praktiken und die Durchsetzung von strengen Mindestanforderungen für Tierzucht und Tierhandel angestrebt.</p>	<p>Nein, eine Abstockung der Anzahl der Nutztiere lehnen wir ab. Solche Vorgaben beeinträchtigen die Wirtschaftlichkeit der landwirtschaftlichen Betriebe. Wir setzen uns für praxisorientierte und flexible Lösungen ein, die es den Landwirten ermöglichen, ihre Betriebe im besten Ermessen zu führen und gleichzeitig nachhaltig zu wirtschaften.</p>

<p>Schweinefleisch, sind auch die Bestände so niedrig wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Demnach verfolgen wir nicht das Ziel, die Nutztierbestände systematisch und geregelt abzustocken.</p>		<p>gute Ernten und eine sichere regionale Lebensmittelerzeugung.</p>			
--	--	--	--	--	--

Wahlprüfstein 5: Planen Sie, Landwirt:innen zu unterstützen, die aus der Tierhaltung aussteigen wollen?

CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
<p>Die CSU steht hinter den bayerischen Landwirtinnen und Landwirten. Wir schätzen die Arbeit, die sie für die Ernährung der Bevölkerung leisten sehr und wissen, dass nur hochqualitative Lebensmittel produziert werden. Gerade Corona und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine haben gezeigt, wie wichtig eine regionale und sichere Lebensmittelversorgung ist. Die für Bayern charakteristischen kleinstrukturierten Betriebe haben einen ganz besonderen Charme und daher ganz andere Voraussetzungen betreffend die Tierhaltung. Die artgerechte Tierhaltung in Bayern ist eine Stärke der bayerischen Landwirtschaft und muss demnach unterstützt und von allen Seiten die verdiente Wertschätzung erfahren.</p>	<p>Wir wollen, dass Bayern bei der Lebensmittelerzeugung grundsätzlich autark ist. Wir beobachten einen Rückgang bei der Erzeugung tierischer Produkte sowie einen gesellschaftlichen Trend weg vom dominierenden Fleischkonsum. Da der Selbstversorgungsgrad gerade bei Obst und Gemüse noch nicht zufriedenstellend ist, wollen wir die Landwirte ermutigen, auf die neuen Ernährungstrends entsprechend zu reagieren, und sie bei der Umstellung unterstützen.</p>	<p>Bayern hat, im Gegensatz zu fast allen anderen Bundesländern, noch immer eine vielfältige und kleinteilige Struktur an landwirtschaftlichen Betrieben in unterschiedlichsten Größen. Diese Vielfalt wollen wir erhalten. Betriebe, die die Haltung von Tieren in der Landwirtschaft reduzieren, unterstützen wir beim Aus- oder Aufbau von alternativen Produktionsformen. Wir kämpfen für die Erhaltung kleiner Betriebe und fördern eine wesensgemäße Haltung von Tieren in der Weidelandwirtschaft. Wir setzen uns dafür ein, die Förderungen, die für eine Verbesserung des Tierwohls durch Außenkontak und Ermöglichung der natürlichen Bedürfnisse sorgen, auszubauen.</p>	<p>Der Ausstieg aus der Tierhaltung ist eine freie, unternehmerische Entscheidung des landwirtschaftlichen Betriebs.</p>	<p>Die Linke in Bayern setzt sich dafür ein, Landwirt:innen, die aus der Tierhaltung aussteigen wollen, zu unterstützen. Dazu gehören finanzielle Unterstützungsprogramme und Beratung, um alternative landwirtschaftliche Tätigkeiten zu ermöglichen. Der Fokus muss darauf liegen, den Ausstieg aus der Tierhaltung attraktiv und nachhaltig zu gestalten.</p>	<p>Nein, die Tierhaltung ist ein wichtiger und kulturprägender Teil der Landwirtschaft und ganz Bayerns. Wir stehen für eine regionale Tierhaltung und sehen den Konsum von tierischen Eiweißen als Teil einer gesunden Ernährung an. Gerade die wertvolle bayerische Grünlandbewirtschaftung funktioniert nur mit Tierhaltung, da Gras für den Menschen keinen Nutzen hat.</p>

Wahlprüfstein 6: Verfolgen Sie eine Strategie, um den Konsum tierischer Produkte zu reduzieren bzw. den pflanzlicher Nahrungsmittel zu steigern?

CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
Wir als CSU leben nach dem Motto „Leben und leben lassen“. Jeder soll essen dürfen, was er oder sie möchte, egal ob das Essen Fleisch beinhaltet, oder eine vegetarische oder vegane Ernährung bevorzugt wird. Niemandem soll eine bestimmte Ernährungsweise aufgezwungen werden. Eine angemessene, ausgewogene Ernährung und regelmäßige Bewegung sind für die Gesundheit maßgeblich.	Wir setzen uns für die Erzeugung hochwertiger regionaler (Bio-)Produkte und eine umfassende Bildung hinsichtlich gesunder Ernährung ein.	Wir wollen mehr Vielfalt auf den Acker und in die Küchen bringen. Was an tierischen Produkten auf den Teller kommt, soll unter Beachtung des Tierwohls und ohne Qualzucht dorthin gekommen sein. Bio-Regio bauen wir zur Standardmarke auf und unterstützen überall das Angebot veganer und vegetarischer Gerichte. Die individuelle Wahlfreiheit bleibt bestehen. Wir ändern das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz und sorgen für eine gute und kostenfreie Mittagsverpflegung an den bayerischen Schulen. So erreichen wir einheitliche Standards und Bioquoten. Weniger Fleisch und rein pflanzliche Verpflegung sind selbstverständlicher Bestandteil des Angebots. Wir starten eine Ausbildungsoffensive für die Berufe des Lebensmittelhandwerks und den Beruf Koch/Köchin. Der Blick auf die Ernährung hat sich aus wissenschaftlicher	Die mündigen Verbraucherinnen und Verbraucher sollen eigenständig entscheiden können, was sie konsumieren.	Die Linke in Bayern verfolgt eine Strategie zur Reduzierung des Konsums tierischer Produkte und zur Steigerung des Konsums pflanzlicher Nahrungsmittel. Durch Aufklärungsarbeit an Schulen und eine Kennzeichnungspflicht für vegane Produkte sollen Verbraucher:innen ermutigt werden, sich bewusster zu ernähren und den Konsum tierischer Produkte zu reduzieren.	Nein, wir lehnen jegliche Form von ideologischer Diskriminierung von Lebensmitteln ab. Tierische Produkte gehören zu einer gesunden und ausgewogenen Ernährung dazu. Ernährungsphilosophien sind vielseitig und es unterliegt jedem einzelnen Menschen selbst, wie er sich ernähren möchte.

		und gesellschaftlicher Sicht grundlegend geändert, deshalb brauchen Gesundheit, nachhaltiger Einkauf und Konsum sowie pflanzliche Gerichte unbedingt einen Platz in der Ausbildung.			
--	--	--	--	--	--

Wahlprüfstein 7: Welche Maßnahmen planen Sie, um Tierversuche zu reduzieren, die tierversuchsfreie Forschung zu fördern und um den perspektivischen Ausstieg einzuleiten? Sind z.B. Regelungen zur Reduzierung des Einsatzes von Tieren im Studium vorgesehen?

CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
<p>Tierversuche in der Forschung bewegen sich in einem Spannungsfeld: Erkenntnisgewinn und Sicherheitsbestreben des Menschen stehen auf der einen Seite. Andererseits ist der Tierschutz im Grundgesetz verankert. Doch nach wie vor sind Forscherinnen und Forscher auf Tierversuche angewiesen, etwa wenn es darum geht, komplexe Prozesse im menschlichen Körper zu verstehen. Auch bei der Frage, ob ein Medikament tatsächlich wirkt oder ob einzelne Chemikalien für den Menschen giftig sind, können Tierversuche wichtige Informationen liefern. Gleichzeitig sind Tierversuchen rechtlich enge Grenzen gesetzt: Sie müssen beantragt und genehmigt werden und gelten zudem nur dann als ethisch vertretbar, wenn sie auf das unerlässliche Maß beschränkt bleiben.</p>	<p>Wir werden tierversuchsfreie Forschungskonzepte stärker fördern. In Bayern wird derzeit fast jeder Tierversuch genehmigt. Gleichzeitig fließen nur ca. 1 % der Forschungsgelder in tierversuchsfreie Methoden. Diese Entwicklung werden wir stoppen.</p>	<p>Wir wollen Tierversuche konsequent reduzieren und sie langfristig durch alternative Methoden ersetzen. Um dies zu erreichen, legen wir einen Plan zum Ausstieg aus Tierversuchen vor, fördern die tierversuchsfreie Forschung an den Universitäten und verleihen jährlich einen Forschungspreis für Alternativmethoden. Die Tierversuchskommission besetzen wir paritätisch mit Mitgliedern aus Tierschutz und Wissenschaft.</p>	<p>Wir fordern eine vollständige Negativ-Datenbank über missglückte Tierversuche in der Forschung. Generell wollen wir innovative Ansätze in der Medizinforschung stärker fördern, die dazu beitragen, Tierversuche so weit wie möglich zu verhindern. Unser langfristiges Ziel ist es, Tierversuche weitgehend zu ersetzen, wenn innovative Methoden sich in der Praxis als zuverlässiger und spezifischer erweisen.</p>	<p>Wir fordern ein Verbot von Tierversuchen und setzen uns für tierversuchsfreie Forschung ein. Wir unterstützen die Einführung einer tierversuchsfreien Ausbildung an den bayerischen Universitäten und setzen uns dafür ein, Tierversuche zu reduzieren und alternative Forschungsmethoden zu fördern.</p>	<p>Wir FREIE WÄHLER setzen uns für die Förderung von Alternativen zu Tierversuchen in der Forschung ein. Ziel für die Zukunft sollte es sein, allen Studierenden das Recht auf ein möglichst tierversuchsfreies Studium zu gewährleisten. Die Hochschulen sind jetzt schon verpflichtet, weitestmöglich Methoden und Materialien einzusetzen, die die Verwendung von lebenden und für Forschung und Lehre getöteten Tieren verringern oder ganz ersetzen können. In Forschung und Lehre soll auf Tierversuche und die Verwendung von Tieren im Sinne des Tierschutzgesetzes weitgehend verzichtet werden. Mit dem Bezug auf das Tierschutzgesetz erfolgt eine klare Begrenzung auf die dort geregelten Tatbestände. Die einschlägigen Bestimmungen des Tierschutzgesetzes sind stets zu beachten. Wir sehen</p>

					<p>dennoch den weitergehenden Bedarf für die unmittelbare Zukunft, dass die Hochschulen hierzu geeignete Forschungs- und Lehrmethoden sowie Lehrmaterialien noch weiter entwickeln müssen und ihre Forschung und Studiengänge entsprechend gestalten sollen. Zudem soll Studierenden ermöglicht werden, ein Hochschulstudium auch ohne die Teilnahme an Tierversuchen oder Tierversuch erfolgreich absolvieren zu können. Dies ist unserer Auffassung ein richtiger und wichtiger weiterer Schritt um Forschung und Lehre ohne Tierversuch und Tierversuch in Zukunft zu gestalten. Ein erster Ansatzpunkt wäre hier diese in einer Rahmenvereinbarung und dann in konkreten Hochschulverträgen zu verankern.</p>
--	--	--	--	--	---

Wahlprüfstein 8: Wird Ihre Partei das tierschutzgerechte Stadttaubenkonzept nach dem Augsburger Modell für Kommunen empfehlen und auch fördern (wie z.B. in Niedersachsen und Berlin)?

CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
<p>Das Augsburger Stadttaubenkonzept ist ein tierschutzgerechtes Konzept zur Regulierung und Reduzierung der Stadttauben zum Wohle von Mensch und Tier. Die Stadt Augsburg betreibt mehrere betreute Taubenschläge im Stadtgebiet, in denen die Tauben versorgt und ihre Eier gegen Attrappen ausgetauscht werden. Grundsätzlich ist das Konzept sehr zu begrüßen und eine gute und nachhaltige Alternative zum Abschuss der Tauben. Der Arbeitsaufwand für die Kommune wird durch die Betreuung der Taubenschläge und den Tausch der Eier durch Attrappen sehr gesteigert. Wir vertrauen unseren Kommunen bei der Entscheidungsfindung, wie mit den individuellen Herausforderungen umgegangen wird und möchten diese nicht bevormunden. Jede Kommune muss sich des</p>	<p>Wir begrüßen und empfehlen einen tierschutzgerechten Umgang mit Stadttauben in allen bayerischen Kommunen.</p>	<p>Das Augsburger Stadttaubenkonzept ist ein tierschutzgerechtes Konzept zur Regulierung und Reduzierung der Stadttauben zum Wohle von Mensch und Tier. Die Stadt Augsburg betreibt mehrere betreute Taubenschläge im Stadtgebiet, in denen die Tauben versorgt und ihre Eier gegen Attrappen ausgetauscht werden. Betroffenen Kommunen ist zu empfehlen, sich über dieses Stadttaubenkonzept zu informieren. In welcher Weise das Konzept gefördert werden kann, werden wir mit den GRÜNEN in der Augsburger Stadtregierung gemeinsam prüfen.</p>	<p>Zu dieser Frage gibt es noch keinen Parteibeschluss.</p>	<p>Die Linke Bayern empfiehlt und fördert ein tierschutzgerechtes Stadttaubenkonzept nach dem Augsburger Modell für Kommunen. Sie setzen sich auch für ein Verbot der Einfuhr und des Handels von Wildtieren und Reptilien aus aller Welt sowie ein Einfuhrverbot für Pelzprodukte ein. Des Weiteren streben wir das mittelfristige Verbot der Haltung von Tieren im Zirkus und zu Unterhaltungszwecken an.</p>	<p>Als FREIE WÄHLER stehen wir zur verfassungsmäßig geschützten kommunalen Selbstverwaltung. Diese beruht auf der Grundüberzeugung, dass passende Lösungen am besten vor Ort gefunden werden können. Sie dient dem Aufbau der Demokratie von unten nach oben. Bereits jetzt gibt es verschiedene Wege, über die sich die Bayerischen Gemeinden austauschen und so neue Lösungsansätze kennen lernen. Diese Wege müssen im Sinne einer ergebnisoffenen Kommunikation weiter ausgebaut werden. Hier sollte der Freistaat mehr tun. Da sich die Gegebenheiten je nach Stadt oder Kommune unterscheiden, ist es richtig, dass dort die notwendigen Maßnahmen getroffen werden.</p>

finanziellen und
personaltechnischen
Mehraufwandes bewusst
sein und in die Entscheidung
für oder gegen dieses
Konzept mit einbeziehen.

